

Dieses Programm war vom jeweiligen Hauptbüro des ZK der KPCh und des Staatsrats in Form eines Zirkulars an die Partei- und Regierungsabteilungen aller Verwaltungsebenen ergangen. Ziel des Programms ist es, in den kommenden Jahren ein Kontingent von Akademikern und anderen qualifizierten Fachleuten heranzuziehen, und zwar nicht nur Naturwissenschaftler und Techniker, sondern auch Wissenschaftler anderer Fachrichtungen wie Philosophie und Sozialwissenschaften. In dem Programm geht es um die gezielte Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses durch Post-Doc-Programme, die Verbesserung der wissenschaftlichen Begutachtungs- und Auswahlverfahren ebenso wie um die Ausbildung von Praktikern in Informationstechnologie, Biotechnologie, Umweltschutztechnik, Raumfahrt- und Meerestechnologie, aber auch in Buchführung, Außenhandel, Finanzen, Recht und modernem Management.

Hintergrund der Initiative ist die Erkenntnis, dass China über kein großes Kontingent von Fachleuten verfüge und dass dieses insgesamt schwach und nur unzureichend innovationsfähig sei. Dies wird insbesondere angesichts von Chinas Beitritt zur WTO als ernsthaftes Manko angesehen. In einem Leitartikel der *Volkszeitung* wird darauf hingewiesen, dass sich der technologische Fortschritt mit rasantem Tempo vollziehe und sich damit auch der internationale Wettbewerb verstärke, und dieser sei ein Wettbewerb um die besten Fachleute. Deshalb wolle man die Strategie verfolgen, China durch kompetentes Humankapital stark zu machen (RMRB, 12.6.02).

In dem Zirkular werden alle Partei- und Regierungsstellen aufgerufen, das Programm sorgfältig zu studieren und der Ausbildung und Förderung von Fachleuten höchste Priorität beizumessen. (Vgl. RMRB, 12.6.02; BBC PF, 11.6., 12.6., 9.7.02) -st-

Außenwirtschaft

25 Hoher Ausfuhranstieg im 1. Halbjahr

Gegen den Trend in der Region verzeichnete die Volksrepublik in den ersten sechs Monaten d.J. ein zweistelliges Exportwachstum. Die Ausfuhren stiegen um 14,2% auf 142,12 Mrd. US\$. Die Importe nahmen um 10,3% zu und erreichten 128,52 Mrd. US\$. Das ergibt einen Handelsüberschuss, der mit 13,6 Mrd. US\$ um zwei Drittel höher lag als im ersten Halbjahr 2001.

Die Regierung hatte befürchtet, dass sich das mit 6,8% eher schwache Exportwachstum des Vorjahres fortsetzen könne. Mit Steuerermäßigungen sollten die Ausfuhren angekurbelt werden, um das offizielle Ziel von 7% Exportwachstum zu erreichen. (ST, 12.7.02)

Li Yushi von der Chinesischen Akademie für Internationalen Handel und Wirtschaftszusammenarbeit erwartet für das Gesamtjahr ein Exportwachstum von nicht unter 8%. Allerdings geht er von einer schnellen Erholung der Konjunktur in den USA und Europa aus. Die zügig gewährten Steuerermäßigungen hätten sich ebenfalls positiv auf die Ausfuhrentwicklung ausgewirkt. Zugenommen habe auch die Bedeutung der Unternehmen mit Auslandskapital, die mit 51,7% erstmals mehr als die Hälfte der Ausfuhrleistung erbringen. Der entscheidende Faktor für die Entwicklung der Exporte bleibe jedoch die Lage der Weltwirtschaft, betonte Li Yushi. (XNA, 18.7., 19.7.02)

HANDELSÜBERSCHUSS VON 14 MRD. US\$ MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN

Der Handel zwischen China und den Vereinigten Staaten hat in den ersten fünf Monaten d.J. um 13% zugenommen und führte zu einem Handelsüberschuss von 13,99 Mrd. US\$ zu Gunsten der Volksrepublik. Während die chinesischen Importe mit 10,14 Mrd. US\$ leicht anzogen, lagen die Exporte in die USA um ganze 19% über dem Vorjahreszeitraum und erreichten

24,13 Mrd. US\$. Zweitgrößter Handelspartner war Japan mit 36,85 Mrd. US\$ (siehe Übersicht „Japan hofft auf jährliche Steigerungen der Ausfuhren nach China um 10%“).

Der Handel zwischen der Europäischen Union und China lag mit einem Volumen von 31,74 Mrd. US\$ und einem Plus von 3,7% an dritter Stelle. Importe aus China stiegen um 5,1% auf 17,29 Mrd. US\$. Aus der EU wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 14,45 Mrd. US\$ nach China exportiert, 2,1% mehr als im Vergleichszeitraum. Für die Union bedeuten diese Zahlen ein Handelsdefizit mit der Volksrepublik von 2,84 Mrd. US\$. (WSJ, 14.7.02) -bö-

26 Japan hofft auf jährliche Steigerungen der Ausfuhren nach China um 10%

Nicht nur taiwanesischen Unternehmen ziehen sich aus Südostasien zurück, auch japanische Hersteller verlagern die Produktion zunehmend nach China. Seit dem letzten Jahr haben japanische Unternehmen 22 Fabriken in Südostasien geschlossen oder zurückgebaut. Dies geht aus einer Studie der *Nihon Keizai Shimbun* hervor. Verantwortlich hierfür ist einerseits der immer stärkere Nachteil bei den Produktionskosten im Vergleich zu China. Andererseits wird die Volksrepublik als Absatzmarkt wichtiger, auch für die japanische Zulieferindustrie. (WSJ, 25.7.02)

Ein auf lange Frist starkes Wachstum erwarten einige Beobachter bei den Ausfuhren. Für die nächsten zehn Jahre sagt das Fuji Research Institute voraus, dass die japanischen Exporte nach China jährlich um 10% steigen werden. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahmen die Exporte aus Japan nach China im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,8% zu und erreichten 26,13 Mrd. US\$. (WSJ, 19.7.02)

ELEKTRONIKHERSTELLER ERWARTEN NACHFRAGESCHUB

Gerade die japanische Elektroindustrie rechnet damit, dass ihre Produkte deutlich stärker nachgefragt werden, wenn die Kaufkraft weiter steigt. Das Unternehmen Sharp erwartet innerhalb der nächsten drei Jahre ei-

ne Verdreifachung der Erlöse aus der Produktion in China; statt 121,5 Mrd. Yuan wie im letzten Fiskaljahr möchte Sharp in China dann 350 Mrd. Yuan (3 Mrd. US\$) ausweisen. Nicht mehr 60% wie zuletzt, sondern nur noch 40% davon sollen durch Exporte erwirtschaftet werden. Dabei setzt der Elektronikhersteller vor allem auf eine steigende Nachfrage von chinesischen Unternehmen etwa nach Kopierern, aber auch auf ein Ansteigen der Verkäufe von Luxusprodukten wie Fernsehern mit LCD-Display. Ebenfalls rechnet Sharp mit einer stärkeren Nachfrage nach Komponenten für lokale Hersteller.

Ähnlich zuversichtlich ist Japans größter Produzent von Unterhaltungselektronik. Matsushita erwartet eine Verdreifachung der Erlöse seiner in China hergestellten Produkte bis 2005. (FT, 18.7.02)

Der Konzern Sony hat entschieden, in China keine Videokameras für den US-Markt mehr zu produzieren. Wegen der steigenden Nachfrage innerhalb Chinas sei dies nicht länger effizient. Die gesamte Produktion des Shanghaier Gemeinschaftsunternehmens von Sony und der SVA Group soll künftig in der Volksrepublik abgesetzt werden. (FT, 24.7.02)

STAHLSTREIT ZWISCHEN BEIJING UND TOKYO

Japan bezweifelt, dass Handelsbeschränkungen auf Stahlprodukte, die China am 24. Mai diesen Jahres als Reaktion auf US-Stahlzölle erhoben hat, den WTO-Regeln entsprechen. Die Forderung des japanischen Handelsministers, die Zölle aufzuheben, lehnte die Volksrepublik ab, zeigte sich aber zur Genehmigung von Ausnahmen bereit. Im Mai 2002 hatten sich Japans Stahlausfuhren nach China im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 718.887 Tonnen verdoppelt. Besonders groß war die Nachfrage der Elektronik- und Autoindustrie. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres nahm China 19,3% der japanischen Stahlexporte von insgesamt 14,65 Mio. Tonnen auf. Große japanische Stahlproduzenten planen, ihre Exporte nach China zu koordinieren und gegebenenfalls zu beschränken, um Beijing zu bewegen, nicht den vollen Umfang der angekündigten Zölle zu erheben. (WSJ, 23.02.02) -bö-

27 Mehr ausländische Banken drängen nach China

Die größte deutsche Bausparkasse, die Schwäbisch Hall, möchte auf dem chinesischen Markt präsent sein und will eine „Chinesisch-Deutsche-Bausparkasse“ in Form eines Joint Ventures ins Leben rufen. Nur ein Viertel der Anteile sollen vom deutschen Institut gehalten werden. Der China Construction Bank wird 75% des Unternehmens gehören. (*Financial Times Deutschland*, 1.8.02)

Als drittes ausländisches Institut will die Standard Chartered Bank ins chinesische Privatkundengeschäft einsteigen. Genau wie die Citibank und die HSBC will Standard Chartered chinesischen Kunden Dienstleistungen in Fremdwährungen anbieten. Die auf Schwellenländer spezialisierte Bank mit Hauptsitz in London ist bereits eines der größten Institute in Hongkong. Für 50 Mio. US\$ kaufte Standard Chartered einen strategischen Anteil an der Bank of China Hongkong, als die Tochter der größten chinesischen Staatsbank in der Sonderverwaltungszone an die Börse ging (siehe Übersicht in der Rubrik Hongkong, „Misslungenes Börsendebüt der Bank of China“).

Während neue Auslandsbanken nach China drängen, haben die bereits ansässigen Banken mit neuen Auflagen zu kämpfen. Ausländische Banken dürfen in der Volksrepublik keine Einlagen von chinesischen Privatpersonen oder Firmen in Inlandswährung annehmen. Um Kredite in der Landeswährung an die in China tätige multinationale Kundschaft zu vergeben, wie dies einigen Auslandsbanken in den letzten Jahren erlaubt wurde, leihen sich die Institute Renminbi von inländischen Banken. Genau dies soll durch neue Vorschriften der Regierung erschwert werden. Die Vorschriften stießen bei den betroffenen Banken auf starke Ablehnung.

Die aus Interbank-Kreditlinien zwischen aus- und inländischen Banken geschaffenen Renminbi-Mittel sollen nach der neuen Regelung beschränkt werden. Sie dürfen künftig nur noch 40% des gesamten Kreditvolumens betragen, dass die ausländische Bank in China gewährt. Momentan stammt der überwiegende Teil der Inlandswährung für

solche Kredite aus diesen Interbank-Kreditlinien. Diese Regelung wird von den Auslandsbanken als Protektionismus verstanden. (*Financial Times Deutschland*, 1.8.02) -bö-

28 Neue Regierungsstellen zur Verfolgung von Kapitalflucht und Geldwäsche

Während Zweifel an der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums in China auf Unverständnis und Ablehnung stoßen (siehe Übersicht, „Hitzige Debatte über wirtschaftliche Stabilität“), werden Kapitalflucht und Geldwäsche selbst in der Parteizeitung *Renmin Ribao* offen als Gefahr für die Stabilität bezeichnet. Jährlich werden nach Schätzungen 200 Mrd. Yuan gewaschen, was 2% des chinesischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. (BBC PF, 11.7.02) Am 19. Juni dieses Jahres erschien in der *Renmin Ribao* ein Bericht mit der Überschrift „Wie das Rechtssystem der Volksrepublik gegen die Geldwäsche vorgeht“, der die unzureichende Gesetzeslage und die unklare Verantwortung der Vielzahl von zuständigen Institutionen kritisiert, und verstärkte staatliche Maßnahmen ankündigt. Laut dem Ökonomen Huang Weiting, einem Experten für die chinesische Schattenwirtschaft, hat die so genannte „Geldwäsche chinesischer Prägung“ drei Hauptformen.

Bei der ersten nehmen korrupte Staatsangestellte im Amt Bestechungsgelder an und sichern sich den Zugriff auf staatliche Güter, um danach in die Privatwirtschaft zu wechseln und Firmen zu gründen, in denen das illegal erworbene Vermögen gewaschen wird. Bei der zweiten Form verbleiben die Täter im Amt und übertragen die illegal erworbenen Werte auf Familienangehörige. Die dritte Form betrifft Führungskräfte von Staatsunternehmen, die gleichzeitig Privatunternehmen leiten und das in aller Stille privatisierte Staatseigentum zur Erwirtschaftung legaler Profite im eigenen Unternehmen nutzen. Von diesen drei Formen unterscheidet Huang die Fälle mit einer transnationalen Dimension.

Der Abfluss von zuvor staatlichem Eigentum ins Ausland mit dem Ziel, es dort zu legalisieren, führt zu einer Ka-

pitalflucht, die nach Meinung des Autors der Parteizeitung nicht nur die Steuereinnahmen verringert, sondern indirekt die Devisenreserven schmälert und sogar die finanzielle Stabilität des Landes unterminieren könne. Kritisiert wird vor allem, dass der Artikel 191 des Strafgesetzbuchs von 1997 eine zu enge Definition von Geldwäsche bietet. Dort ist nur die Rede von Geldern, die durch Drogenhandel, organisiertes Verbrechen oder Schmuggel erworben wurden. Auch wird die Aufspaltung der Zuständigkeiten zwischen verschiedenen Institutionen kritisiert. (FBIS, 22.7.02)

Offenbar um der unklaren Verantwortung für Maßnahmen gegen Geldwäsche zu begegnen, hat die Zentralbank zwei Stellen eingerichtet, die sich dieses Problems annehmen sollen. Dass die Reform jetzt erfolgt, könnte durch den Druck der Vereinigten Staaten gefördert worden sein, die Geldquellen von terroristischen Vereinigungen zu schließen. Zudem wurden im letzten Jahr bei der Bank of China Korruptionsfälle enormen Ausmaßes bekannt (siehe Übersicht in der Rubrik Hongkong, „Misslungenes Börsendebüt der Bank of China“).

Ein Payment Transaction Monitoring Department bei der Zentralbank soll neue Regeln für Bank-Transaktionen aufstellen und ein Überwachungssystem für größere Einzahlungen und Kontobewegungen entwickeln. Außerdem wird ein Anti-Money Laundering Work Office die gegen Geldwäsche gerichteten Bemühungen von Zentral- und Geschäftsbanken mit denen der Sicherheitskräfte koordinieren. Die Arbeitsstelle wird China künftig bei internationalen Tagungen zum Thema vertreten. Die Volksrepublik ist nicht Mitglied der Financial Action Taskforce (FATF), der größten internationalen Einrichtung zum Kampf gegen Geldwäsche, ist durch die Mitgliedschaft von Hongkong jedoch indirekt beteiligt. Die FATF führt die VR allerdings auch nicht auf ihrer Liste der unkooperativen Staaten, auf der etwa Russland und die Philippinen zu finden sind. (WSJ, 7.7.02)

PRICEWATERHOUSE COOPERS SIEHT FORTSCHRITTE DURCH JÜNGSTE REFORMEN

Von den Maßnahmen gegen Geldwä-

sche könnte die Reform des staatlichen Bankwesens profitieren. In der Durchsetzung von Buchprüfungsvorschriften, die internationalen Standards entsprechen, liegt eine große Chance zur Verhinderung von Betrug. Stephen Vickers, der bei Pricewaterhouse Coopers Investigations Asia die Geschäfte führt, erkennt auf diesem Gebiet gute Fortschritte. Das Unternehmen berät die Beijinger Regierung auf diesem Gebiet. Besonders problematisch sei, dass noch immer viele anonyme Konten geführt würden. (WSJ, 7.7.02) Erst seit dem Vorjahr ist vorgeschrieben, dass bei der Eröffnung eines Kontos die Personalien festgestellt werden müssen. -bö-

Binnenwirtschaft

29 Wirtschaft wächst im ersten Halbjahr überraschend stark

Das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Halbjahr 2002 um 7,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, dies gab das Staatliche Statistikbüro in Beijing bekannt. Gegenüber dem ersten Quartal mit einer Steigerung von 7,6% zog das Wachstum im zweiten Quartal an und erreichte 8%. Chinesische Beobachter zeigten sich optimistisch, dass China sein Ziel von 7% erreichen und auch das Vorjahreswachstum von 7,3% übertreffen könne, wenn sich die Lage der Weltwirtschaft nicht weiter verschlechtere. Nach Angaben eines Regierungssprechers habe China auch von einer Erholung der US-Wirtschaft profitiert. In den vergangenen sechs Monaten wuchsen die chinesischen Exporte um 14,1% auf 142 Mrd. US\$.

Die starke Auslandsnachfrage war ein Hauptgrund für die positive Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Größere Gelassenheit dürfte diese Entwicklung bei jenen erzeugen, die sich Sorgen machen über negative kurzfristige Folgen des Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO). Andererseits könnte eine Stütze des Wachstums wegbrechen, wenn die Anzeichen für ein zweite und womöglich längere Phase der Rezession in den Vereinig-

ten Staaten sich bewahrheiten sollten. Einen Rückgang des Ausfuhrwachstums erwartet der Analyst Gao Huiqing vom staatlichen Informationszentrum der Regierung, auch wegen eines weltweiten Trends zum Protektionismus.

Als weitere Ursachen des starken Wachstums der chinesischen Wirtschaft im 1. Halbjahr gelten die Anlageinvestitionen, die um 21,5% zunahmen, 6,4% mehr als im Vorjahreszeitraum. Es mehren sich jedoch die Zweifel daran, dass die Zentralregierung ihr Konjunkturprogramm in diesem Umfang noch lange aufrechterhalten kann, denn die Staatsausgaben wachsen schneller als erwartet, während die Steuereinnahmen hinter den Hoffnungen zurückblieben. (Siehe Übersicht, „Hitzige Debatte über wirtschaftliche Stabilität“)

Der Kapitalzustrom aus dem Ausland erhöhte sich: Die realisierten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) stiegen um 18,69% auf insgesamt 24,58 Mrd. US\$, die zugesagten ADI wuchsen um 31,47% und erreichten einen Gesamtwert von 43,99 Mrd. US\$.

Ebenso wie das BIP wächst auch die Industrieproduktion im Rahmen der staatlichen Zielvorgaben. In den ersten sechs Monaten stieg sie um 11,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum und erreichte einen Wert von 1.445 Mrd. Yuan. Mindestens 9% Wachstum hatte die Kommission für Wirtschaft und Handel gefordert. (FBIS, 13.6.02; SCMP, 10.7., 15.7.02; NfA, 16.7.02; NZZ, 16.7.02; ST, 16.7.02; WSJ, 16.7.02; FAZ, 18.7.02)

PREISE SINKEN INFOLGE DES WTO-BEITRITTS

Umfangreiche Zollsenkungen im Rahmen der WTO-Verpflichtungen blieben nicht folgenlos, wie ein Blick auf die Preisentwicklung zeigt: Die Verbraucherpreise lagen in den ersten sechs Monaten 2002 um 0,8% unter dem Vorjahresniveau. Der stellvertretende Leiter des Nationalen Statistikbüros, Qiu Xiaohua, machte hierfür ausdrücklich den Import preiswerter Güter und Dienstleistungen verantwortlich und verwies auf die Vorteile eines stärkeren Wettbewerbs für die Konsumenten. Ehemalige Staatsmonopolisten hätten ihre Preise senken müssen, sagte Qiu. Während die